Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/523
24. 06. 87

Antrag
der Fraktion der SPD

Sitzung des Europäischen Rates am 29./30. Juni 1987 in Brüssel

Am 29./30. Juni 1987 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EG in Brüssel. Die Sitzung des Europäischen Rats soll den Durchbruch bei den entscheidenden politischen Zielen bringen, wie sie in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) vereinbart worden sind.

Die europäischen Bürger und Bürgerinnen erwarten von dieser Sitzung Entscheidungen und Impulse in Richtung der zu entwikkelnden Europäischen Union beziehungsweise die Einhaltung der Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten durch die EEA eingegangen sind.

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt grundsätzlich die Vorschläge der EG-Kommission, die in der vorgelegten Mitteilung an das Europäische Parlament vom 15. Februar 1987 (Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden – Eine neue Perspektive für Europa) und den Bericht der EG-Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts vom 3. März 1987 enthalten sind. Die Vorschläge und Elemente für die

   — Vollendung des einheitlichen Binnenmarktes bis 1992,
   — Reform und Modernisierung der gemeinsamen Agrarpolitik,
   — Stärkung der Finanzautonomie,
   — Reform der Strukturfonds

   der Gemeinschaft werden positiv zur Kenntnis genommen.

2. Vordringlich sind Maßnahmen zur grundlegenden Reform der EG-Agrarpolitik. Die bisherige Agrarpolitik ist gescheitert. Die Folgen der unsinnigen Überschußproduktion, für die es keine wirtschaftlich vertretbaren Absatzmärkte gibt, belasten die Funktionsfähigkeit des gemeinsamen Agrarmarktes und des Finanzierungssystems sowie die Beziehungen zu den Handelspartnern. Es bedarf daher einer um-

gehenden Kurskorrektur. Die Vorschläge der EG-Kommission zu einer stärker marktorientierten Ausrichtung der Markt- und Preispolitik weisen den richtigen Weg aus der gegenwärtigen Krise.

Zur Sicherung der Einkommen, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe, bedarf es jedoch zusätzlicher direkter, produktneutraler Einkommenszahlungen. Soweit von Landwirten Leistungen zur Pflege und Erhaltung von Natur und Umwelt erbracht werden, sind diese durch Bewirtschaftungsbeiträge zu entgelten.

Es ist daher zu begrüßen, daß die EG-Kommission direkten Einkommensübertragungen zunehmendes Gewicht beimißt.

Nur bei Verwirklichung der Agrarreform wird es möglich sein, die notwendige Gesundung der europäischen Finanzen voranzutreiben, die notwendige Reform der EG-Finanzen anzugehen und die Finanzkrise der EG zu beenden.

Abzulehnen ist daher eine Abgabe auf pflanzliche Öle und Fette. Eine solche Abgabe würde die einkommensschwachen Bevölkerungsteile überproportional belasten, Arbeitsplätze gefährden und zu zusätzlichen Handelskonflikten, vor allem mit den USA, aber auch mit den Entwicklungsländern, führen.

Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß die Beschlüsse der OECD, keine weiteren zusätzlichen Agrarsubventionen und andere protektionistische Maßnahmen im Agrarbereich zu ergreifen, eingehalten werden.

3. Die Verwirklichung des Europa ohne Grenzen bis 1992, die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zwischen den Mitgliedstaaten, die Reform und Modernisierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Stärkung der Finanzautonomie der Gemeinschaft, der gerechtere Finanzausgleich, die volle Verwirklichung des Europäischen Währungssystems und die Entwicklung einer gemeinschaftlichen Umweltpolitik sind die grundlegenden Aspekte der europäischen Integration, die in die EEA eingegangen und nunmehr durch konkrete Beschlüsse auf den Weg zu bringen sind. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diese Beschlüsse zu realisieren und die Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 verstärkt in Angriff zu nehmen.

   Die schrittweise Umsetzung der Beschlüsse der EEA erfordern zwangsläufig mehr Mittel für den Gemeinschaftshaushalt. Diese können jedoch nur im Rahmen einer neu zu beschließenden Finanzverfassung der Gemeinschaft mit eindeutig festgelegten Regeln für die Einhaltung der Haushaltsdisziplin bei gleichzeitiger deutlicher Absenkung des Anteils der Agrarausgaben und einer verbindlichen mehrjährigen Finanzplanung gelöst werden. Die Vorschläge der EG-Kommission sollten deshalb im Lichte dieser Ausführungen konstruktiv geprüft werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich mit der notwendigen Aufgeschlossenheit, realistisch und konstruktiv unter gleichzeitiger Wahrung deutscher Interessen einzusetzen, daß

   — der einheitliche Binnenmarkt fristgerecht verwirklicht werden kann und damit neue Impulse zur Stärkung des wirtschaftlichen Wettbewerbs, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur europäischen Selbstbehauptung gegeben werden;

   — den wirtschaftlich gegenwärtig weniger leistungsfähigen Ländern schon für ihre Zustimmung zur Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes ein wirtschaftlicher Ausgleich gewährt wird durch deutliche Aufstockung der Mittel für die Strukturfonds, wobei das duale System dieser Fonds beizubehalten ist; damit ein gerechterer Ausgleich zwischen Nord und Süd in der EG erreicht werden kann;

   — die Normen insbesondere im Bereich Gesundheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz auf dem höchsten Niveau harmonisiert werden und das Niveau des Schutzes in der Bundesrepublik Deutschland nicht abgesenkt wird, sondern notfalls höhere nationale Standards zulässig bleiben;

   — die deutschen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer gesichert bleiben und weiterentwickelt werden können;

   — das Europäische Währungsystem weiter ausgebaut wird;

   — für die Verkehrsunternehmen in Europa faire Wettbewerbschancen geschaffen und die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen harmonisiert werden (z. B. im Bereich der Verkehrssicherheit, der Kfz-Steuer, der Mineralölsteuer und die Beseitigung der Autobahngebühr);

   — eine dauerhafte Reform der EG-Agrarpolitik auf der Grundlage der vorgenannten Leitlinien verwirklicht wird; das bedeutet vor allem eine starke marktorientierte Preis- und Marktpolitik, die von direkten produktneutralen Einkommenszahlungen flankiert werden muß. Weitere Eingriffe in die Verwaltung der Agrarmärkte sind kein Lösungsweg;

2. ihm umgehend über ihre Vorstellungen über die mögliche Verwirklichung der Einzelmaßnahmen zu berichten. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, Auskunft darüber zu geben, wie sie die bestehenden Altlasten der EG (z. B. bei den Strukturfonds, beim Lagerabbau usw.) abzubauen gedenkt und darüber zu berichten, welche Konsequenzen diese finanziellen Mehrbelastungen für die nationale Haushalts- und Finanzplanung der kommenden Jahre 1988 bis 1992 bedeuten.

Bonn, den 24. Juni 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333